Konferenz der Landesfrauenräte KLFR

Zusammenschluss der Dachorganisationen der Frauenverbände
und Frauengruppen gemischter Verbände aller Bundesländer

Resolution

Landesfrauenräte fordern stärkere Anerkennung des Ehrenamtes

Die Fraktionsvorsitzenden des deutschen Bundestages werden aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ehrenamtliches Engagement politisch anerkannt und durch die Gewährleistung angemessener politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen gestärkt wird. Dazu gehören insbesondere auch – auf der Grundlage exakter Definitionen- eine angemessenen Berücksichtigung im Sozialversicherungs- und Steuerrecht wie:

- die Prüfung auf Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit für die Rente
- die Einbeziehung in die gesetzliche Unfallversicherung
- die steuerliche Absetzbarkeit von finanziellem Aufwand
- die Anerkennung der Tätigkeit als Qualifizierungsnachweis für berufliche Bewerbungen
- die kostenlose Raumnutzung für ehrenamtliche Organisationen
- die Bereitstellung von öffentlichen Ressourcen.

Begründung:

Das Jahr 2001 ist weltweit zum Jahr des Ehrenamtes erklärt worden. Der Bundespräsident Johannes Rau spricht anerkennend über das soziale Engagement, und viele Einrichtungen könnten ohne den ehrenamtlichen Einsatz nicht überleben. Bei einer Vielzahl dieser „Ämter“ gehört auch die Erledigung von Büroarbeiten dazu, so dass auf ein Arbeitszimmer, in dem ein PC mit Internetanschluss installiert sein sollte, nicht verzichtet werden kann.

Da für diesen persönlichen Einsatz kein Entgeld und nur in wenigen Fällen die entsprechenden Kosten erstattet werden, ist es an der Zeit, dass eine steuerliche Anerkennung ermöglicht wird.

Potsdam, 18. Mai 2001

Konferenz der Landesfrauenräte KLFR

Zusammenschluss der Dachorganisationen der Frauenverbände
und Frauengruppen gemischter Verbände aller Bundesländer

Resolution

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die BSE-Forschung national und europaweit zu koordinieren, sich umgehend für EU-weite einheitliche Regelungen über Zeitpunkt und Art obligatorischer BSE-Tests, die Schlachtung usw. einzusetzen.

- Die Sicherstellung der Transparenz der Tierherkunft durch einheitliche Kennzeichnung, z.B. in Form von implantierten Mikrochips bundesweit zu kontrollieren.
- Die offene Deklaration der Futtermittel und eine scharfe Produkthaftung für alle am Lebensmittelherstellungsprozess Beteiligte, d.h. Futtermittelhersteller, Landwirte, lebensmittelverarbeitende Industrie und Einzelhandel, mit Strafen im Falle des Verstoßes einzuführen und ständig zu kontrollieren.
- Fleisch- und Wurstimporte aus Drittländern müssen den gleichen strengen Kriterien unterliegen wie Inlandserzeugnisse.

Begründung:

Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland sind sehr verunsichert. Die Liste der eher regional begrenzt auftretenden Lebensmittel-Skandale der letzten Jahre gipfelt nun in der bundesweiten BSE-Krise.

Die Europäische Union hat sich in Artikel 153 des EG-Vertrages zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines harten Verbraucherschutzniveaus ausdrücklich verpflichtet.

Erreicht werden kann ein besserer Verbraucherschutz bei Lebensmitteln aber nur durch tiefgreifende Veränderungen. Die Forderungen der Verbraucher und der Lebensmittel-Einzelhändler nach immer preiswerteren Produkten muss durchbrochen werden.

Alle Beteiligten, d.h. Politiker, Landwirtschaft und Verbraucher, aber auch Futtermittelhersteller, Lebensmittelindustrie, Zwischenhandel und Berufsverbände sind gleichermaßen für die derzeitige Situation verantwortlich. Gebraucht wird ein Umdenken sowohl auf Verbraucher- als auch auf Produzentenseite. Der Verbraucherschutz muss in Zukunft tatsächlich gewährleistet sein. Die Agrarpolitik muss neu strukturiert werden. Wir brauchen eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die die Sicherheit der Verbraucher in den Mittelpunkt stellt, die Tiere möglichst artgerecht hält und damit qualitativ hochwertige und gesunde Nahrungsmittel erzeugt. Sie sollte nachhaltig mit den natürlichen Ressourcen wirtschaften und unsere Kulturlandschaft erhalten und pflegen.

Potsdam, 18. Mai 2001

Konferenz der Landesfrauenräte KLFR

Zusammenschluss der Dachorganisationen der Frauenverbände
und Frauengruppen gemischter Verbände aller Bundesländer

**Die Delegierten der Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR)
vom 18. bis 20. Mai 2001 in Potsdam**

**schließen sich der Position der
interdisziplinären ExpertInnenkommission „Frauen und Gesundheit“
der Hansestadt Hamburg an:**

„Chancen und Risiken der Präimplantationsdiagnostik lassen sich noch nicht abschließend bewerten. Die Debatte um die moderne Reproduktionsmedizin und Gendiagnostik muss daher so breit und interdisziplinär wie möglich unter Hinzuziehung unterschiedlicher Erfahrungen geführt werden. Dabei ist es erforderlich, dass Aspekte der Frauengesundheit und der weiblichen Anatomie stärker berücksichtigt werden müssen, als dies bislang der Fall ist.“

Potsdam, 18. Mai 2001

Aus: Frauen und Gesundheit, Empfehlungen für die Verbesserung der Frauengesundheit in Hamburg, Hrsg. Freie und Hansestadt Hamburg, März 2001

Konferenz der Landesfrauenräte KLFR

Zusammenschluss der Dachorganisationen der Frauenverbände
und Frauengruppen gemischter Verbände aller Bundesländer

**Die Delegierten der Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR)
vom 18. bis 20. Mai 2001 in Potsdam**

an

**die 11. Konferenz der Gleichstellungs- und FrauenministerInnen
und –senatorInnen der Länder (GFMK)**

Wir fordern die TeilnehmerInnen der 11. Konferenz der Gleichstellungs- und FrauenministerInnen und –senatorInnen der Länder (GFMK) auf, sich in ihrem Kompetenzbereich verstärkt für die Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Kindern einzusetzen.

Insbesondere soll die Kooperationsfähigkeit aller an diesem Prozess beteiligten AkteurInnen befördert werden.

Potsdam, 18. Mai 2001

Vorsitz der Konferenz 2001: Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
Heinrich-Mann-Allee 7 14473 Potsdam